

# Stadt Hildburghausen

26.10.2011

## Beschlussvorlage

Einreicher: CDU-Fraktion  
Fraktion Die Linke

**Beschlusnummer:**

263/2011

**Amt:** Büro Bürgermeister  
**Sachbearbeiter:** Frau Haschlar  
**Aktenzeichen:**  
**Bezug-Nr.:**

Sitzung	Status	Datum	Abstimmung:
Stadtrat	öffentlich	02.11.2011	Ja:    Nein:    Enth.:

### Bezeichnung der Vorlage:

Maßnahmen zur weiteren Eingliederung von Menschen mit Einschränkungen oder Assistenzbedarf in das öffentliche Leben der Stadt Hildburghausen

### Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Der Stadtrat beschließt folgende Maßnahmen zur weiteren Eingliederung von Menschen mit Einschränkungen oder Assistenzbedarf in das öffentliche Leben der Stadt Hildburghausen.

1. Eine Anhörung mit Fachverbänden und Vertretern von Selbsthilfegruppen ist im Stadtrat oder Kultur- und Sozialausschuss zu organisieren. Mindestens zweijährlich ist ein solcher Erfahrungsaustausch daran anknüpfend zu wiederholen.
2. Auf Anfrage im Kultur- und Sozialamt sind Führungen für Interessengruppen in den behindertenfreundlich gestalteten städtischen Einrichtungen auch weiterhin möglich. Sie sollten nach vorheriger Vereinbarung mindestens einmal jährlich stattfinden.
3. Die finanzielle Absicherung des überarbeiteten und aktualisierten thematischen Stadtführers ist durch die Verwaltung im Haushaltsentwurf 2012 zu ordnen.
4. Bei der jährlich im Frühjahr aufzustellenden Prioritätenliste für Baumaßnahmen lässt sich der Bauausschuss ab sofort vom Grundsatz „Behindertenfreundliche Sanierung von Gehwegen hat Vorrang vor der Sanierung von Verkehrsflächen für den Kfz-Verkehr“ leiten. Unaufschiebbare Notreparaturen (Bauhofmittel) bleiben davon unberührt.
5. Der Bürgermeister nimmt im kommenden Jahr wie vereinbart die Verhandlungen mit dem ÖPNV-Träger Landkreis über die notwendige Einrichtung einer Stadtbuslinie (behindertengerecht) auf.
6. Die Stadtverwaltung informiert in einem Brief die Öffentlichkeit über diese Initiative und bittet insbesondere Vereine und Unternehmen um eine behindertenfreundliche Ausrichtung und mögliche Unterstützung.

gez.

Wütscher  
Vorsitzende CDU-  
Fraktion

gez.

Günther  
Vorsitzender Fraktion  
Die Linke.

### **Begründung:**

In unserer Gesellschaft leben viele Menschen mit Einschränkungen. Ziel einer humanistischen Gesellschaft muss sein, diesen Menschen möglichst weitgehend eine Teilnahme am öffentlichen Leben zu ermöglichen und ihre Alltagsbewältigung zu erleichtern. Auch in unserer Stadt nimmt auf Grund der demografischen Entwicklung die Zahl dieser Menschen zu. Dem ist in der Kommunalpolitik Rechnung zu tragen.

### **Anlagen:**

- keine

### **Verteiler nach der Beschlussfassung:**

**Vors. CDU-Fraktion**  
**Vors. Fraktion Die Linke**  
**Sitzungsdienst**  
**Büro 01**  
**Amt 20**  
**Amt 32**  
**Amt 41**  
**Amt 60**  
**Amt 68**